

# Keine Zustimmung zur GOZ neu

Bundesminister Bahr: Realitäten erkennen

*In einem mit Spannung erwarteten Auftritt vor der Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer am 11. November in Frankfurt/Main nahm Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) auch Stellung zur Novellierung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ). Politik beginne mit dem Erkennen der Realitäten, sagte der Minister und weiter: „Die GOZ wird nicht alleine vom Bundesgesundheitsminister erlassen. Sie braucht vor allem die Zustimmung der Bundesländer.“*

Gerade auf Ebene der Bundesländer gebe es einen klassischen Konflikt zwischen Gesundheits- und Finanzpolitik. „Während mir die Gesundheitsminister Briefe geschrieben haben, um den Punktwert in der GOZ anzuheben, haben mir die Finanzminister mitgeteilt, dass die öffentlichen Haushalte dafür keinen Spielraum hätten.“ Am Ende habe er abwägen müssen, auf welchem Weg die Gebührenordnung novelliert werden könne. Dabei sei für ihn maßgeblich gewesen, dass aus der GOZ kein „BEMA II“ werden dürfe. „Gegen die Bematisierung der GOZ unter Ulla Schmidt sind wir als Opposition damals Sturm gelaufen.“

## **Kein Einstieg in die Budgetierung**

Ebenso wichtig sei gewesen, die Öffnungsklausel zugunsten der privaten Krankenversicherung zu verhindern. Hier habe das Bundesgesundheitsmi-



Die novellierte GOZ sei das Ergebnis eines Abwägungsprozesses gewesen, berichtete Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr den Delegierten der Bundesversammlung.

nisterium der Forderung der Zahnärzteschaft entsprochen. Bei der schwierigen Interessenabwägung zwischen den berechtigten Anliegen der Zahnärzteschaft einerseits, aber auch der Kostenträger andererseits könne sich die Ausweitung des Volumens ab 2012 um sechs Prozent aus seiner Sicht durchaus sehen lassen. Damit werde der Bevölkerung auch signalisiert, dass die zahnmedizinische Versorgung teurer werde.

Was die zusätzlichen Änderungen der GOZ durch den Bundesrat anbelangt, so versprach der Gesundheitsminister den Delegierten, dass die durch den Bundesrat eingeführte Evaluierungsklausel in § 12 der GOZ völlig ergebnisoffen gestaltet werde. „Dies ist kein Einstieg in die Budgetierung!“ Bahr verwies darauf, dass bereits in der Begründung des Regierungsentwurfs zur GOZ eine solche Überprüfung der Entwicklung angekündigt wurde. Nach dem Auftritt des Ministers verabschiedeten die Delegierten mit großer Mehrheit einen Antrag, in dem die GOZ in ihrer jetzigen Fassung abgelehnt wird.

## **Staatsexamen erhalten**

Ein weitergehender Antrag, die Regierung aufzufordern, die neue GOZ nicht zu erlassen, fand keine Mehrheit. Zustimmung erhielt der Gesundheitsminister für seine Erklärung, auch künftig am Staatsexamen in der Zahnmedizin festzuhal-



Fotos: BZÄK/axentis.de

Deutliche Kritik an der neuen GOZ äußerte BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel.

ten. Der „Megatrend“ zu Bachelor und Master in der akademischen Ausbildung findet in der bevorstehenden Novelle der Approbationsordnung damit keinen Niederschlag. „Das Staatsexamen ist auch ein Beleg für die Qualität in der zahnmedizinischen Versorgung.“

Im Weiteren ging der FDP-Politiker auf das GKV-Strukturgesetz ein, das kurz vor der Verabschiedung steht. „Wir machen Schluss mit der starren Budgetierung der zahnärztlichen Vergütung für gesetzlich Krankenversicherte. Außerdem werden wir die Entkoppelung des Punktwerts zwischen Ost und West beenden.“ Insbesondere in der Möglichkeit, auch auf regionaler Ebene Versorgungsaspekte in die Verträge einfließen zu lassen, sieht Bahr einen Weg zur Stärkung der zahnärztlichen Selbstverwaltung.

Der Minister verwies auch darauf, dass es der Bundesregierung mit Amtsübernahme im Jahr 2009 gelungen sei, die Unterdeckung in der gesetzlichen Krankenversicherung zu beenden. „Wir haben den Beitragszahlern stärkere Lasten aufgebürdet als den Arbeitgebern. Das war keine Selbstverständlichkeit.“

### **GOZ-Novelle besser als ihr Ruf?**

Zuvor hatte sich der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, mit deutlicher Kritik an der vorliegenden GOZ-Novelle zu Wort gemeldet. In dieselbe Kerbe schlugen die bayerischen Delegierten Dr. Reiner Zajitschek, Dr. Manfred Kinner und BLZK-Vizepräsident Christian Berger. Letzterer kündigte an, mit dem Berufsverband der implantologisch tätigen Zahnärzte in Europa (BDIZ EDI) vor das Bundesverfassungsgericht ziehen zu wollen, um die Nichtanpassung des Punktwerts in der GOZ überprüfen zu lassen.

Dr. Ulrich Rubehn, der für die Bundeszahnärztekammer federführend die Gespräche mit dem Bundesgesundheitsministerium in Bonn geführt hatte, zeigte sich davon überzeugt, dass die vorliegende Novelle besser als ihr Ruf sei. Er appellierte an die Delegierten, gegenüber der Politik kein falsches Signal zu geben. „Eher wird die Politik ein unabhängiges Bewertungsbüro mit der Ermittlung des Gebührenrahmens beauftragen, als noch einmal auf die Zahnärzte zu hören, wenn wir jetzt fordern, die Novelle nicht in Kraft treten zu lassen.“ Dem schloss sich aus bayerischer Sicht auch der Vorsit-

### **Prof. Dr. Christoph Benz ist neuer BZÄK-Vizepräsident**

Die BLZK wird künftig auf Bundesebene an führender Position mitwirken. Prof. Dr. Christoph Benz ist seit der Bundesversammlung am 11. und 12. November 2011 in Frankfurt/Main neuer Vizepräsident der Bundeszahnärztekammer. Benz folgt auf Dr. Michael Frank, Präsident der Landes Zahnärztekammer Hessen. Frank hatte in der Bundesversammlung seinen Rücktritt erklärt. Wochenlange Auseinandersetzungen waren vorausgegangen. Genau darauf nahm Frank Bezug: Die Diskussion über den Fachzahnarzt für Allgemeine Zahnheilkunde sei „völlig aus dem Ruder gelaufen“ und habe eine absolut unerwartete Schärfe angenommen. Er verabschiedete sich – deutlich emotional berührt – aus dem Amt und gab der Versammlung mit auf den Weg: „Überlegen Sie, wie man mehr miteinander und weniger übereinander redet.“ Um eine Neuwahl zu ermöglichen, war die Tagesordnung der Bundesversammlung mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit erweitert worden. Professor Benz war von BLZK-Vizepräsident Christian Berger ins Rennen geschickt worden. Dieser Vorschlag entsprach auch dem einstimmigen Votum des Vorstands der BZÄK am Vorabend der Bundesversammlung. Benz erreichte bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit der Stimmen.



Die Stärkung des zahnmedizinischen Praktikers sowie die Verbindung zur Wissenschaft sind die Anliegen des neuen BZÄK-Vizepräsidenten Prof. Dr. Christoph Benz.

Als besonderes Anliegen in seinem neuen Amt hob Benz die Stärkung des zahnmedizinischen Praktikers hervor. Außerdem will er im kommenden Jahr die Verbindung zur zahnmedizinischen Wissenschaft stärker ausbauen. Eine gute Basis bietet hierfür die neue Approbationsordnung, deren Verabschiedung 2012 erfolgen soll. Professor Benz stellte bei seiner zukünftigen Amtsausübung das starke Team der BLZK besonders heraus, das ihn auch auf der Bundesebene unterstützen wird.

zende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB), Dr. Janusz Rat, an.

### **Haushaltsplan abgelehnt**

Den Haushaltsplan 2012 konnte der BZÄK-Vorstand nicht gegen den Willen der Bundesversammlung durchsetzen. Hier hatte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Dr. Michael Förster (BLZK), gegen die vorgesehene zweimalige Anhebung des Beitrags im kommenden Jahr interveniert. Stattdessen wurde auf Vorschlag des Haushaltsausschusses beschlossen, den Beitrag im kommenden Jahr für die BZÄK lediglich um 0,55 Cent pro Mitglied anzuheben.

Allerdings steht dann 2013 eine weitere Beitragsanhebung ins Haus, die dem „Projekt 2020“ der Bundeszahnärztekammer geschuldet ist. Nach mehr als 20-stündigem Diskussionsmarathon schloss die Bundesversammlung am Samstag, den 12. November, gegen 18.00 Uhr. Der vorgelegte Entwurf des Sitzungsausschusses konnte nicht mehr beraten



Delegierte aus Bayern (v.l.n.r.): Dr. Stefan Böhm, Dr. Michael Förster (gleichzeitig Vorsitzender des BZÄK-Haushaltsausschusses), Dr. Christian Öttl, Dr. Manfred Kinner und Dr. Jörg Lichtblau

werden. Hier steht unter Umständen eine außerordentliche Bundesversammlung im kommenden Jahr ins Haus.

Rechtsanwalt Peter Knüpper  
Hauptgeschäftsführer der BLZK

## VFB trifft Vertreter der CSU-Landesgruppe

Die Gewerbesteuer, das kurz vor der Verabschiedung stehende Versorgungsstrukturgesetz und die Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ), die am selben Tag vom Bundeskabinett in Kraft gesetzt wurde – das waren Themen eines Gesprächs zwischen Vertretern des Verbands Freier Berufe in Bayern (VFB) und dem Generalsekretär der CSU, Alexander Dobrindt, MdB, am 16. November 2011 in München. Neben einigen Ressort-Mitarbeitern der CSU nahmen daran auch Abgeordnete des Bayerischen Landtags unter Führung von Landtagspräsidentin Barbara Stamm teil. Aus der Bundestagsfraktion der CSU waren Johannes Singhammer und Stephan Stracke, die auch Mitglieder im Ausschuss für Gesundheit des Bundestages sind, anwesend. Dabei wurde deutlich, dass sich die Landesgruppe der CSU mit der neuen GOZ in der „Beglückerrolle“ der Zahnärzteschaft sieht. Die berechtigte Kritik der Zahnärzte wurde nicht gehört.

Auch von Stellungnahmen der Bundeszahnärztekammer und der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde ließen sich die CSU-Vertreter nicht beeindrucken. Ganz zu schweigen von dem Einwand, dass die Ausdehnung des Volumens nichts mit der betriebswirtschaftlichen Erbringbarkeit der Einzelleistung zu tun habe und bei der GOZ 1987 auch so nicht beabsichtigt war. Zum Versorgungsstrukturgesetz forderten die Vertreter erneut die Stärkung der Selbstverwaltung, insbesondere auch unter dem Aspekt der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements. Die Kammern der Heilberufe waren sich einig, dass die Kontrolle der Qualität medizinischer Behandlungsleistungen übergeordnet bei ihnen zu verankern sei.

Michael Schwarz  
Vizepräsident des Verbands Freier Berufe in Bayern  
Referent Freie Berufe und Mittelstand/Europa der BLZK



Foto: VFB

Gewerbesteuer, Versorgungsstrukturgesetz und GOZ waren Themen des Gesprächs zwischen VFB- und CSU-Vertretern.